

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Scherbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kettmeyer, Kurfürststraße 50,  
in Leipzig: Heinrich Hübler, in Altona: Haagenstein n. Vogler,  
in Hamburg: J. Ulrich und J. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem General-Lieutenant außer Dienst v. Klinckowstroem zu Frankfurt a. O. und dem Geheimen Ober-Post-Rath Mehnert zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse zu verleihen; sowie den bisherigen Geheimen Ober-Post-Rath und General-Post-Inspector Philippsborn zum General-Post-Director; und den seitherigen Landrathsams-Beweser, Regierungs-Assessor Grafen Gustav v. d. Goltz, zum Landrat des Kreises Büßlichau-Schwibus im Regierungsbezirke Frankfurt a. O. zu ernennen.

## Telegraphische Dispatchen der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 Uhr Vorm.

Triest, 10. Februar. Mit der Niederlandpost sind Nachrichten aus Singapore vom 8. Januar eingegangen. Die aus Japan und China auf der Rückreise begriffene preußische Gesandtschaft ist am 15. Decbr. pr. in Siam angekommen und wird ihre Weiterreise nach Europa wahrscheinlich Mitte Februar ex. antreten. Das Transportschiff „Elbe“ kehrt nächstens nach Europa zurück.

Nachrichten aus Hongkong vom 31. Decbr. pr. zufolge haben die Rebellen Ningpo eingenommen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 10. Februar, Mittags. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde die Ernennung folgender neuen Mitglieder bekannt gemacht: Schlick, Ruestäfer, Millosich, Octavian Kinsky, Rudolf Morzin, Altan, Julius Hardegg, Constantin Londron, Michael Coronini, Pancogna, Bischof Hackmann, Hennet, Alfons Mensdorff.

London, 10. Februar, Vormittags. „Daily news“ sagt: Frankreich habe, indem es Mexiko eine Regierung aufdringen wolle, das ursprüngliche Uebereinkommen aufgegeben, und direkt England von einem Unternehmen, das seinen Prinzipien entgegen sei, sich zurückziehen.

London, 10. Februar, Mittags. Aus Newyork vom 30. v. Mts. mit der „Arabia“ hier eingetroffene Berichte melden, daß ein General in einer Mission der mexikanischen Regierung in Washington eingetroffen war.

Die Newyorker Journale veröffentlichten Nachrichten aus Mexiko, welche darin, daß die Alliierten sehr unzufrieden mit ihrer Aufnahme gewesen seien und Miramont der Hinterlist beschuldigt haben. Sie fanden keine ihnen freundlich gesinnte Partei, es traten ihnen vielmehr alle Einwohner ohne Ausnahme feindlich entgegen. Zwischen einem französischen und einem spanischen Regimente waren ernste Zwistigkeiten entstanden.

Zwei Divisionen der Bundesarmee rückten nach Springfield vor; man erwartete einen Angriff auf Savannah. Das Comité des Kongresses hat eine Summe von 500,000 Dollars zur Vertheidigung der Küsten von Massachusetts genehmigt.

## Stadt-Theater.

Mehul's herrliche Oper: „Joseph in Egypten“ fand hier zuletzt im vorigen Winter, wo sie zum Besten des Chorpersoneals in Scene ging, eine recht gediegene Aufführung, die wir zu rühmen gern Veranlassung nahmen. Wer noch Sinn für einfache Schönheit der Musik hat, wem die schmuck- und prunklose, aber reine und leidliche Blüthe der Melodie noch Sprache des Herzens ist, der wird sich durch dieses lyrische Drama, welches Oper zu nennen, im üblichen Sinne des Wortes, fast Entweibung wäre, in eine wahrhaft erbauliche Stimmung versetzen können. Der erhebende, fromme Geist, welcher in dem Ganzen weht, mahnt mehr an ein Oratorium, das durch seine Versetzung auf die Bühne und die dadurch bewirkte sinnliche Erscheinung in die Sphäre des Dramas erhoben wird. Mit welcher Innigkeit, wie einfach, wahr und schön schmiegt sich die Musik an den bekannten alttestamentarischen Stoff, wie ergreifend treten die einzelnen Charaktere aus dem Rahmen des Ganzen! So klein und bescheiden der tonliche Apparat ist, welchen der Componist, nach den Mitteln seiner Zeit, auf das Werk verwandte, er erreicht doch Großes und unendlich Größeres, als manches gepräsene Werk der Neuzeit, mit allem Instrumental- und Vocalglanz, denn der Geist macht lebendig, und in der Mehul'schen Oper wohnt ein guter musikalischer Geist. Ein solcher schafft von innen heraus und jede Note, die in die Partitur fließt, quillt aus dem tiefsten Vorn des Gemüthes. Die erhebende Wirkung jeder einzelnen Note der Oper giebt davon Zeugnis. Man vergegenwärtige sich der ehrwürdigen, patriarchalischen Greis Jakob, den milden, großherzigen Joseph, den kindlichen Benjamin, den von Gewissensbissen zerfleischten Simeon, die reuigen Brüder alle, wie meisterhaft und mit wie wenigen Mitteln Schilbert die Musik diese Charaktere! — Herr Niemann hatte zu seiner dritten Gastrolle den Joseph gewählt, welcher in der Regel den sogenannten lyrischen Tenören zufällt. Für einen Sänger, welcher in großen dramatischen Partien zu glänzen gewohnt ist, liegt auf den ersten Blick eine gewisse Enttäuschung darin, in einer musikalisch ganz einfachen Rolle, welche weder ein Brillieren im Gesange gestattet, noch durch reiche Orchestermittel gehoben wird, vor das Publikum zu treten. Aber der Erfolg hat gezeigt, daß Herr Niemann für sein herrliches Organ vortrefflich wählte. Eben als Joseph konnte der Künstler den vollen Gehalt seiner Stimme, unbehindert durch andere oft zwingliche Faktoren — man denke nur an die Orchestrierung

Der Wechselcours auf London war in Newyork 13 $\frac{1}{4}$ , Goldaqio 3 $\frac{1}{4}$ , Fonds steigend, Illinois 62 $\frac{1}{2}$ , Baumwolle fest 33. Brodtstoffe matt.

London, 9. Februar. Der Dampfer „Bermian“ ist mit Nachrichten aus Newyork vom 25. v. Mts. eingetroffen. Der Wechselcours auf London war daselbst 13 $\frac{1}{2}$ —14. Fonds matt. Illinois 61 $\frac{1}{4}$ . Mehl sehr fest, Kaffee und Zucker fest.

Paris, 10. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin haben in Genua und in Mailand anti-päpstliche Manifestationen stattgefunden.

Paris, 9. Februar. (K. B.) Der heutige Moniteur zeigt an, daß die Binsen der Schätzchen auf 3, 3 $\frac{1}{2}$  und 4 p. Et. festgesetzt sind.

Das Rentenconvertirungs-Gesetz ist gestern vom gesetzgebenden Körper mit 226 gegen 19 Stimmen angenommen worden und geht morgen an den Senat.

Turin, 9. Februar. (H. R.) In den vornehmsten Städten Italiens haben Kundgebungen unter dem Rufe: Es lebe Italien! Es lebe der Papst Nicht-König! Es lebe Rom, die Hauptstadt Italiens! Es lebe Victor Emanuel, König von Italien! stattgefunden. — Der Gemeinderath von Mailand hat die dortige Bevölkerung aufgefordert, sich derartigen Kundgebungen auf den öffentlichen Straßen zu enthalten, und statt dessen sich ihres verfassungsmäßigen Rechtes der Unterzeichnung von Protesten und Adressen in diesem Sinne zu bedienen.

Turin, 8. Februar, Abends. (K. B.) Der Italie zu folge hat der Minister des Innern an die Prääsidenten ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er sie auffordert, ihren rechtmäßigen Einfluß nach Kräften aufzuüben, um Kundgebungen, wie denen in Florenz statt gehabten, vorzubeugen.

In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses verlangte Galenga Erklärungen über die in Livorno Statt gehabte Ermordung eines englischen Reisenden. Nicafoli antwortete, die Beklagenswerthe That sei wirklich verübt worden. Aus der amtlichen Untersuchung ergebe sich, daß alle Behörden ihre Pflicht gethan hätten. Die Regierung gedenke für den Hafen von Livorno dieselben Verfügungen zu erlassen, wie für den von Genua.

Kopenhagen, 9. Februar. (H. R.) In der gestrigen Sitzung des Reichsraths fand die dritte und letzte Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Veränderung des § 57 der Verfassung vom 2. October 1855 (Herabsetzung der Beschlußfähigkeit von 41 auf 31 Mitglieder) statt. Der Minister des Innern, Orla Lehmann, behauptete gegen Tscherning, daß der dänisch-schleswigsche Reichsrath von allen Seiten, selbst vom deutschen Bunde anerkannt sei. Erst nachdem ein schleswig-holsteinischer Graf in preußische Staatsdienste eingetreten, hätte man deutscherseits Zweifel erhoben. Im Reichsrathe selbst sollten sich am allerwenigsten Zweifel darüber erheben, daß derselbe nicht mit voller Berechtigung das Gesetzgebungrecht im Bereich der nicht zum deutschen Bunde gehörenden Theile der Monarchie ausübe. Bei namentlicher Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 45 gegen 3 Stimmen angenommen. Mit „Nein“ stimmten: Etatsrath Kranold, Baron Blixen-Finecke und Graf Holstein-Holsteinborg; der Abstimmung enthielten sich: Procurator B. Chri-

der modernen Oper — im reinsten Glanze entwickeln. Die eigentliche Größe des Niemann'schen Tones haben wir vorzugsweise in der gestrigen Rolle ergründet, in der einfachen, innigen Weisen, durch welche der Sänger des Joseph, bei ungünstigstem und seelenvollem Vortrage unbedingt das Herz des Hörers treffen muß. Brachte Herr Niemann schon in der ersten A-dur-Arie, in der Romanze: „Ich war ein Flügeling noch an Jahren“ und in allen folgenden Scenen diese Wirkung hervor, so wußte er doch im dritten Acte die tiefe Eindringlichkeit seines Gesanges bedeutend zu steigern und namentlich war es das Finale, mit den röhrenden Versöhnungs-scene, wo sich die ganze Sängergroße unseres Gastes in wahrhaft begeisternder Weise entfaltete. Die würdevolle Darstellung des Joseph und der mit tiefem Ausdruck, klugvoll und edel gesprochene Dialog vereinigte sich mit der prächtigen Gesangslistung zu einem schönen Ganzen, für das wir uns Herrn Niemann zu warmem Danke verpflichtet fühlen.

Gern zollen wir auch dem Fleise, welchen Herr Fijcher-Achten (Jakob), Herr Heller (Simeon) und Främl. Hessert (Benjamin) auf ihre Rollen verwandt hatten, lobende Anerkennung. Das Gelingen war freilich ungleich. Der Brüderchor stand an Sicherheit und Reinheit dem vorsährigen nach. In dem ersten Ensemble mit Joseph schien die vereinigten Brüder dergesten von Neuem ergriffen zu sein, daß ihnen die Stimme in wichtigen Momenten versagte. — Markull.

## Prozeß Jacoby in Darmstadt.

Vom 27. Januar ab bis zum 5. Februar d. J. wurde (wie den Lesern dieser Btg. schon durch kurze Notizen bekannt ist) vor dem Schwurgericht in Darmstadt eine Anklage wegen Giftmordes verhandelt, welche der Kategorie der eances eslebres angehört. Der Thatbestand ist nach der Anklageschrift in der Hauptfache folgender: „Der Angeklagte, Georg Heinrich Jacoby, 52 Jahre alt, geboren in Darmstadt, hat die Buchdruckerei erlernt und dieselbe bis zu seiner Verhaftung betrieben. Zugleich war er Herausgeber eines Localblattes, des „hessischen Anzeigers“. Im Jahre 1831 hatte er sich zum ersten Male mit Dorothea Grimm aus Darmstadt verheirathet; er war zu jener Zeit noch ohne Vermögen, während seine fünf Jahre ältere Frau einiges Vermögen mit in die Ehe brachte, so daß sie ein Haus kaufen konnten. Im Jahre 1839 wurde dieses wieder verkauft und zwar mit einem Vortheil von 3000 Gulden, so daß der Angeklagte nunmehr

stehen, Conferenzrath David, Redacteur J. A. Hansen, Geheimrath Tillisch, Oberst Tscherning und Dr. Winter; abwehrend waren: Hansen-Grumbly, Thomsen-Odensworth, Amtmann David, Conferenzrath Algreen-Ussing und Geheimrath Bluhme.

Die Hamburger Post ist ausgeblieben. Strenge Kälte. Im Welt Eis.

## Die Beteiligung der Lehrer an Partei-Agitationen.

Wir theilten vor einigen Tagen (Danz. Btg. Nr. 1153) nach der „Volkszeitung“ einen vom 16. v. Mts. datirten und von dem „liberalen“ Oberpräsidenten v. Pommersch unterzeichneten Erlass des rheinischen Provinzial-Schul-Collegiums mit. Derselbe ertheilte den Lehrern der Gymnasien, Realschulen und Seminare die Belehrung, daß die „Theilnahme an Partei-Agitationen“ nicht geziemend für sie sei, zumal dieselbe „neuerdings nicht selten den Charakter aufgeregter und bitterer Leidenschaftlichkeit angenommen“ habe. Aber auch wenn der Lehrer sich selbst von solcher Aufregung und Bitterkeit frei halte, so schicke es sich doch nicht für ihn, mit erbitterten und leidenschaftlich aufgeregten Parteimännern in einem näheren Verkehre zu stehen. Auch setze er sich jedenfalls dabei der Gefahr aus, die für seinen eigentlichen Beruf nothwendige Sammlung zu verlieren, die volle Hingabe an denselben sich unmöglich zu machen und zugleich die Wacht intellectueller und sittlicher Einwirkung auf solche Schüler, zu deren Eltern er vermöge seiner politischen Parteistellung in ein gespanntes oder gar feindseliges Verhältniß getreten sei, vielleicht gänzlich einzubüßen.

Man sieht, das Provinzial-Schul-Collegium mahnt nicht blos von Parteiagitation, es mahnt sogar von jeder Parteinahme ab, die freilich, wenn sie gewissenhaft gemeint ist, oft mit Nothwendigkeit zur Agitation werden muß. Der Lehrer, der seine Schüler zu Männern erziehen soll, die, wo es darauf ankommt, mit der ganzen Kraft ihrer Seele für die öffentlichen, für die dem ganzen Volke und jedem einzelnen Gliede desselben gemeinsamen Angelegenheiten einzutreten wissen, er selbst soll von diesem öffentlichen Leben sich fern halten, er selbst soll den Schülern sich als ein Mann zeigen, der gerade die Pflicht nicht erfüllt, die er als eine der höchsten Mannespflichten ihnen an das Herz zu legen verpflichtet ist. Der Gymnasiallehrer, der ja nach den ministeriellen, auch nach den Raumerschen Erlassen die Jugend vorzugsweise mit dem Geiste des Alterthums tränken soll, der Mann also, der seinen Schülern eben nur das Gesetz des Solon gepriesen hat, welches den Brügern in den Kämpfen des politischen Lebens die Parteilosigkeit bei Strafe verbietet; der Mann, der ihnen eben nur die schöne Stelle aus dem Thucydides erklärt, in welcher Pericles sagt, daß die Athener denjenigen, der an den öffentlichen Anlässen sich nicht thätig beteilige, keinesweges für einen zwar ruhigen aber doch guten Bürger, sondern daß sie ihn mit vollem Rechte für einen unmügen und verächtlichen (άξονος) Menschen erklären: derselbe Lehrer also soll vor derselben Jugend sich selbst als eben diesen unmügen und verächtlichen Menschen darstellen.

Wir könnten uns mit dieser Hinweisung begnügen. Doch

eine eigene Druckerei errichten konnte. Ende Juli 1851 starb seine Frau, nachdem sie ihn noch zuvor testamentarisch als Erben eingesetzt hatte. Ende August desselben Jahres war er schon wieder Bräutigam und zwar mit der Witwe des Messermeisters Peter Nungesser, geb. Sohl; die Hochzeit fand am 5. October 1851 statt. Auch diese Frau war 4 Jahre älter als er. Sie brachte ihm eine hübsche Mobiliaausstattung und etwa 1400 Gulden elsterliches Vermögen zu, wovon ihm nach dem Ehevertrag lebenslänglicher Nießbrauch zugeschenkt wurde. Am 3. August 1861 starb auch diese Frau. Beide Ehen waren kinderlos geblieben; seine zweite Frau hatte jedoch aus erster Ehe einen Sohn, den jetzigen Messermeister Georg Nungesser, verehelicht mit einer geborenen Gebhard aus Darmstadt. Als bald nach dem Tode seiner zweiten Frau versprach sich Jacoby zum dritten Male mit einem 24jährigen Dienstmädchen, Marie Huber, Tochter eines Schuhmachers aus Stuttgart, welche er während ihres Dienstes bei dem neben ihm wohnenden großherzoglichen Kreis-Assessor Küchler kennen gelernt hatte. Schon am 10. September brachte er sie als seine Verlobte in sein Haus. Alle Vorbereitungen zur Verheirathung waren getroffen, als Jacoby am Abend des 31. Oct. unter der Anschuldigung, seine zweite Ehefrau durch Gift aus dem Wege geräumt zu haben, verhaftet und ins Arresthaus abgeführt wurde. Alle Wohnungsräume wurden ebenfalls unter gerichtliches Siegel gelegt. Auch die Huber wurde verhaftet, als der Theilnahme an jenem Verbrechen verdächtig, jedoch bald wieder entlassen, da sich jener Verdacht nicht bestätigte. Als bald nach dem Tode der Ehefrau des Jacoby verbreitete sich das Gericht, daß sie von ihrem Ehemanne vergiftet worden sei. Der gedachte Assessor Küchler war von dieser Überzeugung so durchdrungen, daß er sich aufgefordert fühlte, noch vor der Beerdigung Jener dem behandelnden Arzte, Ober-Medicinalrath Dr. Leydhecker, seine und der Nachbarn Bedenken mitzuteilen, um eine Section der Leiche zu veranlassen. Dr. Leydhecker lehnte dies jedoch ab, mit der Bemerkung, daß er sich in keiner Weise hierzu veranlaßt finden könne, indem die Frau, die er schon lange Jahre kannte und schon oft behandelt habe, an einem brechruhrtartigen Anfall gestorben sei, wie er damals ziemlich allgemein grafiert habe. Auch der Sohn der Verstorbenen, dem die Gerichte über die Vergiftung seiner Mutter immer dringender zu Ohren kamen, zog Erfundungen bei jenem Arzte ein. Der Dirigent des Stadtgerichts selbst wählte diesen Weg, um zu erneilen,

wollen wir auf die Nebenwendungen des Coblenzer Erlasses wenigstens noch das erwiedern, daß der Lehrer für die „stille und friedliche“ Arbeit seines Berufes allerdings der „Sammung“ bedarf, daß wir aber nicht begreifen, aus welcher Bestreitung oder Erregung der arme Bücherwurm sich zu sammeln hat, der keinen andern Weg kennt, als aus seiner „friedlichen“ Studiatur in eine Schullasse, in der es freilich am wenigsten „stille“ bei solchen Lehrern herzugehen pflegt, die das eine „volle Hingabe“ an ihren Beruf nennen, wenn sie um nichts in der Welt als um die speziellen Schulangelegenheiten sich kümmern. Ferner bemerken wir, daß es allerdings nicht angenehm ist, wenn der Lehrer in einem „gespannten“ oder „feindseligen“ Verhältniß zu den Vätern seiner Schüler sich befindet, daß es ihm aber, wie jedem Manne, der seiner eigenen Würde sich bewußt ist, doch ernstlich nur um die freundliche Gesinnung verständig denkender Männer zu thun sein darf, und daß er die Achtung achtbarer politischer Gegner gerade dann am meisten sich verdienen wird, wenn sie in ihm einen Mann erblicken, der auch in öffentlichen Angelegenheiten nur seine Überzeugung und sein Gewissen zu Rache zieht. Solche Gegner und eben so ihre Söhne, wenn sie schon reif genug sind um in den Zeitungen u. A. den in Rede stehenden Erlass des rheinischen Provinzial-Schul-Collegiums zu lesen und zu verstehen, werden den Lehrer um so höher schätzen, je weniger er bei der Erfüllung seiner amtlichen nicht nur, sondern auch seiner öffentlichen Pflichten nach dem Beifalle oder der Missbilligung und gar noch der Drohung der hohen Behörde fragt, daß sie „bei der Würdigung eines Lehrers auch die (in jenem Erlass) erörterten Gesichtspunkte wesentlich ins Auge fassen“, es also wesentlich auch von ihnen abhangen lassen werde, ob sie bei Gehaltsverbesserungen und Besoldungen ihn zu berücksichtigen hat oder nicht.

Endlich müssen wir noch darauf aufmerksam machen, daß der Autorität einer Behörde nichts gefährlicher ist, als wenn sie Funktion übt, die in der Natur und dem Wesen einer Verwaltungsbhörde keineswegs begründet sind. Der Staat erhält seinen Verwaltungsbeamten das Recht und die Pflicht, innerhalb des Kreises ihrer Befugnisse zu befehlen und zu verbieten. Aber wenn die Staatsgewalt auch jeden, den sie will, zum Schulrat, zum Oberpräsidenten, zum Minister machen kann, die Fähigkeit, Männer und zumal solche Männer zu belehren, die mindestens dieselbe Gelegenheit gehabt haben, sich wissenschaftliche Bildung und Einsicht in die privaten und öffentlichen Verhältnisse des Lebens zu erwerben, wie sie selbst, diese Fähigkeit kann sie doch mit ihren Titeln und Vändern ihnen nicht zugleich ertheilen.

#### Deutschland.

\*\* Berlin, 10. Februar. Von der Fraction Bockius wird ein Antrag in der italienischen Frage vorbereitet. — Die Verlegung der Journalisttribüne im Hause der Abgeordneten stößt wegen der dabei erforderlichen Einrichtung eines besonderen Zugangs auf bauliche Schwierigkeiten; es soll daher auf den früher schon einmal gemachten Versuch zurückgegangen werden, die Rednertribüne von dem Präsidentensitz weg nach der anderen Seite des Hauses neben den Ministertisch zur Linken derselben zu verlegen. — Die Abgeordneten Ahmann, Kerst, Senff und Teichow haben einen sehr zahlreich (auch von Mitgliedern der Rechten) unterstützten Antrag eingebracht: Das Haus möge gegen die Regierung die Erwartung aussprechen, „daß sie in Ausführung des Artikels 19 der Verfassung ein Gesetz über Einführung der obligatorischen Civilcile, welches auch die Führung des Civilstands-Registers regelt, noch in dieser Session vorlege.“ In den Motiven ist auf die gescheiterten Versuche zur Einführung der facultativen Civilehe, auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung, so wie auf das Bedürfnis hingewiesen, daß die verheizene Regelung der Führung des Civilstands-Registers gleichzeitig mit Einführung der obligatorischen Civilehe erfolgen müsse, „wenn nicht die Ausführung des Gesetzes bedenkliche Consequenzen nach sich ziehen soll.“ Die Antragsteller „haben deshalb von wiederholter Einbringung ihres (bekannten) vorjährigen, zugleich aber auch von Aufstellung eines anderweitigen Gesetz-Entwurfs abgesehen, weil der Regierung in dieser Beziehung ein weit reichhaltigeres Material zu Gebote steht, und es deshalb nicht angemessen erscheint, der Initiative derselben vorzugreifen.“ Ein anderer (ebenfalls ausreichend unterstützter) Antrag derselben

inwiefern die erwähnten Gerichte zu einem Einschreiten Veranlassung geben könnten; aber auch bei ihm sprach sich der Arzt in gleicher Weise aus. Da von Seiten des Gerichts nichts geschah, so verlor sich das Gerede allmälig und man war geneigt, den Ursprung in Gefäßsäigkeiten gegen Jacoby und gegen die Tendenz des von ihm herausgegebenen (reactionären) Blattes zu finden. Als man jedoch Jacoby mit seiner Verlobten Arm in Arm durch die Straßen gehen sah, brach der Sturm von Neuem los.

Unter dem Drange der öffentlichen Meinung und von vielen Seiten selbst mit Vorwürfen überhäuft, fand sich endlich am 18. Octbr. der Sohn der Verstorbenen zur Beruhigung seines Gewissens veranlaßt, Anzeige zu machen, in Folge deren das Stadtgericht auch sehr bald so viele Verdachtsgründe erhob, daß es eine Ausgrabung der Leiche für unerlässlich erkannte. Dieselbe fand am 20. Octbr. im Beisein der als Experten zugezogenen und beeidigten Aerzte statt. Nach Feststellung der Identität wurde die Leiche im Todtenhause auf dem Friedhofe seicit.

Diese Untersuchung ergab das Resultat, daß die Frau Jacoby unzweifelhaft durch Gift, das in ihrem Körper gebracht war, ihren Tod gefunden. Nach dem hierüber abgefaßten schriftlichen Gutachten war die gelbe überall im Körper verbreitete Masse Gift, nämlich sogenanntes Schwefelarzen mit arseniger Säure. In größter Menge fand sich diese Giftmasse und insbesondere auch die arsenige Säure im Magen vor, ebenso aber auch in der Leber und in den Eingeweiden. Das Gutachten erklärt, es könne darüber kein Zweifel sein, daß die Verstorbene im Leben eine beträchtliche Quantität der aufgefundenen Gifte auf die eine oder andere Weise in sich aufgenommen und der Tod durch die Einwirkung des Giftes erfolgt sei. Hierfür spreche insbesondere weiter das im Magen aufgefundene, von der Schleimhaut ganz entblößte und mit breitem Rand umgebene Geschwür, so wie die unter einzelnen Stellen im Magen aufgelöste Schleimhaut, offenbar die Folge der Einwirkung eines corrosiven Giftes, welches, wie die aufgefundenen Reste zeigten, in größerer Menge vorhanden gewesen sein müsse, aber höchst wahrscheinlich zu einem großen Theile vor dem Tode entleert worden sei, wie der äußerst geringe sonstige Inhalt des Magens und der Därme darthue.

Die Feststellungen über die lezte Krankheit der Frau Jacoby bestätigen diese Annahmen und rufen zugleich den drin-

Abgeordneten auf Annahme eines Gesetz-Entwurfs „über Beseitigung von Ehehindernissen“. Danach sollen die §§ des früheren Ehegefechtentwurfs, welche die Aufhebung der befannen landrechtlichen Ehehindernisse und der verwandten landrechtlichen Bestimmungen aussprechen, als besonderes Gesetz publicirt werden, da — nach den Motiven — in dieser Beziehung zwischen der Regierung und den beiden Häusern des Landtages vollkommene Uebereinstimmung hervorgetreten sei, indem auch das Herrenhaus jenen § des Ehegesetzes zugestimmt hat.

Der Gesetzentwurf wegen der Anklagebefugnis des Verletzen im Strafverfahren ist als von der Commission abgelehnt zu betrachten. Der Waldecksche Antrag auf Erweiterung des Anklageverfahrens ist mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt; der principielle Paragraph der Reg.-Vorlage ebenso, mit 9 gegen 3 Stimmen.

Herrn reiste die Kronprinzessin zum Besuche ihrer Mutter ab, nachdem sie sich von dem Könige in seinem Palais verabschiedet hatte. Die Königin gab ihr das Geleite bis auf die Eisenbahn, der Kronprinz begleitet seine Gemahlin bis Köln. Die Kronprinzessin wird dem Könige der Belgier in Brüssel ihren Besuch abstellen.

Das Bestinden des Herrn Staatsministers v. Auerswald hat sich in erfreulicher Weise gebessert. Das Fieber ist bereits seit längeren Tagen gewichen, und das nunmehr äußerlich herausgetretene Podagra nimmt seinen normalen Verlauf. Der Recovalescent wird nur noch einiger Ruhe und Schonung zur vollständigen Genesung bedürfen.

(Nat.-B.) Aus Oldenburg, Schwarzburg-Sondershausen und andern kleinen Staaten wird auf das bestimmteste versichert, daß die betreffenden Regierungen sich dem großdeutschen Putsch nicht angeschlossen haben.

Die Nachrichten über das Austreten der Ströme beginnen günstiger zu lauten, da das ziemlich gleichzeitig überall auftretende Frostwetter einem weiteren Überhandnehmen der Fluthen Einhalt gethan hat. Der Gesammtschaden durch die Wassersnoth der letzten Woche in Deutschland ist unberechenbar. Der Umfang hat nicht nur die höchsten Wasserstände dieses, sondern auch die berühmten Überschwemmungs-Jahre des vorigen Jahrhunderts erreicht.

Frankfurt a. O., 8. Febr. (Voss. B.) Unser deutsches Fahnen-Drama, das so lange Zeit hindurch die Zeitungen beschäftigte, ist endlich beendet, und zwar im letzten Akte zu Ungunsten der Stadtverordneten. Anstatt einer Antwort auf die bekannten an den Ober-Bürgermeister gerichteten vier Fragen, ist nämlich Seitens des Ministers des Innern vor einigen Tagen dem Stadtverordneten-Vorsteher im Auftrage Sr. Majestät des Königs ein Bescheid zugegangen, in welchem den Stadtverordneten für ihr Verfahren in der ganzen Angelegenheit ausdrücklich „eine Rüge“ ertheilt, und das Benehmen des Ober-Bürgermeisters für gerechtfertigt erklärt wird.

Stuttgart, 7. Februar. Der König ist seit acht Tagen durch einen, übrigens beinahe fieberlosen Lungen-Katarrh geplagt, das Zimmer und theilweise das Bett zu hüten. Der Katarrh nimmt (nach dem eben ausgegebenen Bulletin) bis jetzt seinen regelmäßigen Verlauf und die seit einigen Tagen allmälig sich einstellende Besserung des Appetits und der Nachtruhe, sowie die Abnahme des Hustens lassen eine baldige Herstellung der Kräfte und der Gesundheit erwarten.

#### Europa und Polen.

Warschau, 8. Februar. (Ost.-Btg.) Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahn-Direction werden auf der Petersburg-Warschauer Bahn alle Sonntage und Donnerstage zwischen Wilna, Kowno und Dünnaburg Personenzüge kursiren, welche vorläufig unentgeltlich Passagiere befördern.

#### Landtags-Verhandlungen.

##### 8. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 10. Februar.

Präsident: Grabow. Am Ministerialthe: Graf Schwerin, v. Patow, v. Bethmann-Hollweg.

Präf. Grabow publicirt Anträge von Ahmann u. Gen., welche an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern gehen, ferner einen Antrag von Reichenheim und Gen. auf Revision des Eisenbahn-Gesetzes (welcher an die Commission für Handel und Gewerbe geht), und die Forckenbeck'schen Anträge, wegen Abänderung der Geschäftsordnung des Hauses,

gendsten Verdacht hervor, daß der Angeklagte seiner Frau das Gift eingegeben hat. Die Frau Jacoby erkrankte zuerst am 29. Juli, sie litt an Erbrechen und Diarrhoe; erst am 1. August wurde der Arzt, Medizinalrath Dr. Leydhecker, gerufen, der ihr etwas verschrieb, wonach sie sich am folgenden Tage bereits besser befand. Am 2. August Abends verordnete er ihr zwei Pulver; nachdem sie das eine zu sich genommen, wurde sie alsbald von den furchtbaren Magenschmerzen ergriffen und das Erbrechen nebst Diarrhoe stellte sich wieder und zwar sehr verstärkt ein. Als Dr. Leydhecker am 3. August Vormittags bei der Kranken erschien, war er von deren verändertem Aussehen im höchsten Grade überrascht, er fand sie schon dem Tode nahe, der gegen Mittag erfolgte. Doch hatte er keinen Verdacht, daß sie durch Gift gestorben, und stellte einen Todeschein aus, nach welchem der Tod durch Brechruhr mit hinzugetretener Unterleibslähmung herbeigeführt war.

Die beiden von Dr. Leydhecker am 2. August verschriebenen Pulver waren dem Angeklagten, nachdem sie in der Apotheke bereitet waren, übergeben; dasselbe, welches die Frau eingenommen, hat er derselben gereicht, nachdem er es in einem Löffel mit Wasser zusammengekürt hatte. Das Dienstmädchen des Angeklagten, die unverheirathete Gansert, hat das Pulver, als es im Löffel war, gesehen und bemerkte, daß es weiß war. Das von dem Arzte verschriebene hätte gelblich sein müssen.

Es fehlt jeder Anhalt zur Annahme eines Selbstmordes der Frau Jacoby oder der Ermordung derselben durch einen Andern als ihren Mann. Bei diesem aber liegt das Motiv zu einer solchen That in seinem Liebesverhältniß zu der Marie Huber, in dem Unfrieden, in dem er mit seiner Frau seit längerer Zeit lebte, und in dem Hinderniß, welches deren Leben seiner, wie es scheint, ernsthaft gemeinten Absicht, die Huber zu heirathen, entgegengestellt, klar auf der Hand. Außerdem ist erwiesen, daß der Angeklagte sich im Besitz von Arsenit befand.

In der mündlichen Verhandlung blieb der Angeklagte hartnäckig beim Leugnen, wie in der Voruntersuchung. Das Verhältniß zur Huber suchte er als ein ganz unschuldiges, als das „eines väterlichen Freundes“ darzustellen, obwohl durch Briefe und Zeugenaussagen hierüber der vollständigste Gegenbeweis geführt wurde. Auch den Besitz von Arsenit stellte er in Abrede. Die Anklage-

welche der um sieben Mitglieder zu verstärkenden Geschäfts-Ordnungs-Commission überwiesen werden.

Auf Anregung des Abgeordneten Stavenhagen wird der die Steuerzuschläge betreffende Gesetzentwurf wegen seines Zusammenhangs mit der Militärvorlage ebenfalls der für die letztere Vorlage gewählten sogenannten Militärcommission überwiesen.

Die beiden Gesetzentwürfe, betreffend die rheinische Landgemeindeordnung und die Städteordnung gehen an die um sieben Mitglieder zu verstärkende Gemeindecommission. Bei der sich hieran knüpfenden beiläufigen Discussion bemerkt Abgeordneter Waldeck, daß er demnächst die Wiedereinführung der Gemeindeordnung von 1850 mit einigen Modificationen zu beantragen beabsichtige.

Bur Tagesordnung steht ein Petitionsbericht, über den bereits das Nötigste mitgetheilt ist. Die Comm. beantragt überall Übergang zur Tages-Ordnung und das Haus tritt in den meisten Fällen diesem Antrage ohne jegliche Diskussion bei. Nur bei dem Gesuche eines ehemaligen Postexpedienten zu Küstrin, Ebel, wird dem Commissionsantrage widergesprochen. Der Fall ist folgender: der Petent hat seit 1833 bis 1857 ununterbrochen dem Staate theils im Heere theils als Postbeamter gedient und während dieser Dienstzeit über seine Führung und Qualification die günstigsten Bezeugnisse erworben. Als Postexpedient zu Sonnenburg hatte Bittsteller 250 Thlr. Caution geleistet, und nachdem er in die Stellung eines Post-Expedienten getreten, sollten ihm, da nur noch 150 Thlr. Caution erforderlich blieben, 100 Thlr. zurückgezahlt werden, über deren Empfang er bereits der Oberpost-Direction zu Frankfurt a. d. O. unter Beilegung des CautionscheinesQuitung eingereicht hatte, so daß er täglich die wirkliche Rückzahlung dieser 100 Thlr. erwarten konnte. Da er aber in diesen Tagen seine Hochzeit ausrichtete und deshalb, sowie wegen Auseinandersetzung mit seinen Kindern erster Ehe, Geld benötigte, so entnahm er in dieser seiner Vertragszeit 30 Thlr. vorschußweise aus der von ihm verwalteten Postkasse. Eine am folgenden Tage erfolgte Revision der Kasse, wobei Petent sein Verfahren sofort einräumte, führte seine unfreiwillige Entlassung aus dem Postdienste und eine Kriminal-Untersuchung gegen ihn herbei, in der er zwar der Unterstellung von Kassengeldern nicht schuldig, jedoch seine Handlungswise als dienstliche Pflichtwidrigkeit erklärt wurde. Seit seiner Entlassung als Post-Expedient hat sich nun Petent vergeblich in immer erneuten Anträgen und Immediat-Vorstellungen wegen Wiederanstellung im Postdienste, jedoch bisher vergeblich bemüht, gegenwärtig aber bittet er, an geeigneter Stelle seine Wiederanstellung zu veranlassen oder zu vermitteln. Die Commission, die in der Entlassung derselben aus dem Dienste keine Überschreitung der der vorgefeierten Behörde eingeräumten gesetzlichen Befugnisse findet, sieht sich außer Stande, dem Bittsteller zu willfahren, und dies um so mehr, als derselbe die in Folge seiner bei den Postbehörden gestellten Anträge wegen Wiederanstellung im Postfache an ihn ergangene Anfrage vom Jahre 1859, ob er eine Anstellung als Post-Conducteur resp. als Briefträger oder Bureauadjudant annehmen würde? ablehnd beantwortet hat, weil er sich in so langer Zeit in höheren Stellungen bewährt habe. Die Commission muß daher den Übergang zur Tagesordnung beantragen.

Abg. Kosch befürwortet das Gesuch, indem er das Verfahren der Postbehörde für streng erachtet und außerdem in dem nachträglichen Anwerten einer untergeordneten Anstellung eine Incorrespondenz der Behörde sieht.

Der Finanzminister (Minister v. d. Heydt ist eben erst eingetreten) gibt die Härte des Verfahrens zu, glaubt aber, daß dieselbe bei Kassovergehen notwendig sei (Bestimmung zur Rechten). Wenn man dem Petenten Wiederanstellung angeboten, so sei dies nicht Consequenz, sondern Wohlwollen der Behörde, das aber nicht so weit gehen könne, daß dem einmal nicht bewährt Gefundenen öffentliche Gelder wieder anvertraut werden könnten.

Auch der Handelsminister äußert sich in derselben Weise, indem er zugleich die große Menge ähnlicher Fälle hervorhebt.

Abg. Fliegel findet in dem Vertrauen, daß die Postverwaltung genühen müsse, den Hauptgrund, die hier berührte Maßregel für gerechtfertigt zu halten. Man geht hierauf mit großer Majorität zur Tagesordnung.

schrift erwähnt noch folgenden sehr gravirenden Umstand:

Als dem Angeklagten schließlich die Verdachtsgründe und Beweise noch einmal vorgehalten wurden und er gefragt wurde, was er sagen würde, wenn ihm, als Unparteiischen, alle diese Gründe bezüglich eines Dritten zur Beurtheilung vorgelegt würden? antwortete er: „Er hat's gehabt!“

In der Sitzung vom 5. Februar beantragte der Staatsanwalt das Schuldig. Nach 1½ stündiger Berathung verkündigten die Geschworenen ihr diesem Antrage entsprechendes Verdict.

Mit tiefer Stille hörte das Kopf an Kopf gedrängte Publikum die Bekündigung des Wahrspruchs an. Von der Strafe herauf hörte man zuweilen das Gejöse der Volksmenge, welche gespannt auf das Urtheil wartete. Der Angeklagte, wieder vorgeführt, trat mit festem Schritt auf seinen Platz und blieb aufrecht stehen, deutlich genug die Spuren der furchtbaren innern Aufregung verrathend. Das Verdict der Geschworenen wurde ihm vorgelesen. Bei den Worten: „Ja, der Angeklagte ist schuldig,“ schlug er mit dem Ruf: „Ach Gott!“ die Hände zusammen, ließ sich auf die Bank nieder und legte den Kopf auf das Geländer, die Hände vor die Augen haltend. Man hörte kein Schluchzen und sah keine Thränen bei ihm, sein ganzes Benehmen machte den Eindruck eines harten, verstockten Verbrechers. Der Staatsanwalt beantragte die einzige Strafe, welche das großherzigliche hessische Strafgesetz im vorliegenden Falle kennt, den Tod. Der Vertheidiger erklärte, daß ihm das Gesetz zu einem Antrag in Betreff der Strafe keine Gelegenheit biete. Der Auffenhor sprach nach kurzer Berathung die Todesstrafe aus, deren Verhängung der Angeklagte stieg und starr vor sich hinsehend anhörte. Auch als sich der Gerichtshof zurückzog und das Publikum den Saal verließ, blieb er wie erstarrt auf der Anklagebank sitzen und ließ sich willenlos von der Gendarmerie abführen. Durch Spaliere von Soldaten, welche die in den Straßen Kopf an Kopf gedrängte Menge mit Gewalt zurückdrängten, wurde er in einer Droschke nach dem Criminalgefängniß zurückgebracht, auch diesmal, wie schon an den früheren Tagen, begleitet von Ausbrüchen der Erbitterung eines Theils der Volksmenge.

(Publ.)

Eine Petition eines pensionirten Polizeiwachtmeisters Happe von Berlin regt die bekannte Angelegenheit der Sterbekasse der Berliner Schutzmannschaft an.

Petent wünscht über den Verbleib der Bestandsgelder dieser für aufgelöst erklärt Sterbekasse etwas zu wissen, ist aber bis jetzt ungeachtet wiederholter Beschwerden beim Minister des Innern ohne Bescheid und Aufklärung geblieben. Da die Petition nichts Näheres über den Thatbestand bringt, auch nur anfragt, ob der Minister nicht zu einer Antwort verpflichtet sei, so ist die Commission nicht auf die Prüfung der Sache eingegangen, sondern hat Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Abgeordneter Duinker will sich dem Antrage der Commission nicht widersezen, glaubt aber die Petition im öffentlichen Interesse nicht unbesprochen lassen zu dürfen; er erinnere daran, daß die Unterschleisprozesse bei der hiesigen Polizei sich auf die Verhältnisse der Schutzmanns-Pensionskasse erstreckt hätten, weil meist Personen von geringer Intelligenz in untergeordneter Stellung sich mächtigen und intelligenten Vorgesetzten gegenüber befänden; es müsse daher Pflicht der Landesvertretung sein, gerade den Beschwerden solcher Personen möglichst ihr Ohr zu leihen und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Er habe Gelegenheit genommen, sich nach dem Gegenstande der Beschwerde zu erkundigen und folgendes Ergebnis erhalten: früher gab es bei der hiesigen Schutzmannschaft mehrere Sterbekassen mit freiwilligen Beitritt, die im Jahre 1850 in eine einzige mit Zwangsbetritt vereinigt worden seien; in der ganzen Zeit sei kein Jahresbericht erschienen und im Jahre 1859 sei die Kasse durch Rescript des Ministers des Innern als nicht lebensfähig aufgelöst worden. Die Petenten hätten nun in ihrer Beschwerde unter Anderen verlangt, daß die Auszahlungen der Kasse fortfahren sollten, daß ferner einzelne ungerechtfertigte Geschenke, z. B. von 100 Thlr. an den Hauptmann v. Mannstein von den betreffenden Geschenkgewerben an die Kasse zurückgestattet werden sollten. Er wolle nun allerdings noch kein Urtheil über die Wahrheit der behaupteten Thatsachen abgeben, da er die betreffenden Notizen erst kurz vor der Sitzung erhalten hat; er glaube aber doch, daß der Minister die Pflicht habe, auf derartige Beschwerden, wenn auch nur zur Aufklärung etwaiger Irrthümer, Bescheid zu geben, um so mehr, als die bedenklichen Verhältnisse der Schutzmanns-Pensionskasse noch besonders dazu aufforderten; jedenfalls bitte er, daß der anwesende Herr Minister des Innern Aufklärung gebe.

Minister des Innern Graf Schwerin: Der Vorredner hätte seinen Zweck jedenfalls besser erreicht, wenn er sich direkt an ihn (den Minister) gewendet, da er natürlicher Weise jetzt nicht informiert sei, auch die Angelegenheit der Schutzmannssterkasse zu denen gehört habe, über die eine strenge Untersuchung gehalten worden sei; in Bezug auf die allgemeinen Bemerkungen des Abgeordneten über die Schutzmanns-Pensionskasse habe er nur im Allgemeinen zu antworten, daß er bereits alle zutreffenden Verfügungen in dieser Sache erlassen habe.—Der Antrag der Commission wird angenommen.

Die übrigen Petitionen werden ohne Debatte erledigt und man geht zu Wahlprüfungen über. Vicepräsident Behrend hat den Vorsitz übernommen. Die zweite Wahl im Breslau-Neumarkter Kreise hat an mehreren Unregelmäßigkeiten gesitten, welche die Wahl des Landrats v. Knebel-Döbelitz anzusehen geeignet sind. Einige Urwahlen sind nicht in voller Ordnung vor sich gegangen; das Hauptbedenken liegt jedoch in dem Abgeordneten-Wahlakte selbst. Der Wahlact war bereits abgeschlossen, die Majorität für die Gegenkandidaten des v. Knebel (Stadtrichter Primitet zu Breslau) war so offenkundig, daß bereits ein Telegramm mit dem Wahlergebnis zum Absenden kommen sollte, als einige Wahlmänner noch nachträglich eintrafen, vom Wahlcommissar zur Abstimmung noch zugelassen wurden und, indem sie für v. Knebel stimmten, diesem die Majorität verschafften. Die Abtheilung beantragt deshalb Annulierung der Wahl. Dagegen erklärt sich Abg. Wachsmuth. v. Hennig-Plonchott behauptet die Ungültigkeit der Wahl.

Das Haus spricht hierauf mit großer Majorität (nur Katholiken, Polen und äußerste Rechte — der Herr v. Knebel gehörte — stand gegen den Antrag) die Ungültigkeit der Wahl des Herrn v. Knebel aus. — Die Wahl des Abgeordneten v. Strzyzky wird auf Antrag der Abtheilung ohne Diskussion für ungültig erklärt, weil nach Abzug von drei ungültigen Wahlmännerstimmen derselbe eine Stimme weniger, als die absolute Majorität gehabt hat.

Die Wahl des Prof. v. Sybel hat nur in der Person des Gewählten einige Bedenken erregt. Prof. v. Sybel hat von 1845—61 außerhalb Preußens gelebt, jedoch den Charakter als preußischer Unterthan nicht verloren, da er mit Erlaubniß der Regierung Amenter im Auslande angenommen hat. Der Abg. v. Kehler führt als Referent aus, daß in Folge letzterer Erwägung die Abtheilung die Gültigkeit der Wahl beantrage. Das Haus stimmt bei. Die Wahl des Abg. v. Boltowosky und des Herrn v. Niegolewsky kommt demnächst zur Erwähnung. Mehrere Proteste sind dagegen eingelaufen. Das Haus erkennt die Wahl ohne Debatte für gültig an.

Die Sitzung schließt 3½ Uhr, die nächste, der kurbessischen Frage gewidmet, findet Freitag 10 Uhr statt.

Danzig, 11. Februar.

\* Die heute Nacht fälligen Kölner Postsachen sind erst heute Mittag hier eingetroffen. — Der heute früh fällige Königsberger Zug ist ausgeblieben und sind die Königsberger Postsachen ebenfalls erst mit dem Berliner Schnellzuge angekommen.

\* In Bezug auf unsere gestrige Notiz über die Thätigkeit der Commission zur Berathung der Erhöhung der Elementarlehrer-Gehälter theilen wir auf den Wunsch des Hrn. Dr. Lévin mit, daß der Plan für die vorzunehmende Erhöhung der Elementarlehrer-Gehälter, so wie der Plan für die sich daran knüpfende Neorganisation der Elementarschulen überhaupt das Resultat der gemeinsamen Arbeit der Commission, während der Bericht über derselbe, wie in der gestrigen Notiz erwähnt, von Hrn. Dr. Lévin abgefaßt ist.

Wir vervollständigen unsere gestrige Notiz über den Vorbauten-Prozeß Menck ca. Danzig, wie folgt: In Folge polizeilicher Verfügungen, die von Regierung und Ministerium bestätigt werden, brach Kläger Menck im Sommer pr. dem vor seinem Hause Jopengasse 6 belegenen Vorbau ab, nachdem der Magistrat ihn wegen verlangter Entschädigung abschlägig beschieden hatte. Kl. beantragte nun richterliche Entscheidung darüber, daß der Magistrat in diesem Falle verpflichtet sei, ihm Entschädigung für die Entziehung des Vorbau zu zahlen. Sein Recht auf den Vorbau suchte er hauptsächlich dadurch zu begründen, daß auf dem Titelblatte des Hyp.-Buches von Jopengasse 6 an-

geführt sei, „Haus nebst Kramladen“, daß in dem Vorbau durchgängig ein Kram- resp. Detailladen gewesen, endlich, daß das Fundament des Vorbau mit dem des vor 1761 erbauten Haupthauses gleichzeitig errichtet sei und daß dieser selbe Vorbau schon vor 1761 gestanden habe. Neben die letzte Behauptung schob Kläger dem Magistrat den Eid zu. Bellagter führte dagegen aus, daß der Vorbau gemäß seiner Bauart und inneren Einrichtung nicht zum Kramladen benutzt werden, daß durch die thatfächlichen Ausführungen des Kl. den Erfordernissen der Ausnahmen von dem Verbotsgegebe der Willkür von 1454—1797 nicht genügt, insbesondere nicht der Consens der betreffenden Behörde zur Errichtung des Vorbau begebracht worden. Den Eid nahm er de ignorantia an. Der Gerichtshof erörterte nun: Der Kl. muß, um Entschädigung fordern zu können, zuerst sein Privatrecht an dem qu. Vorbau beweisen. Den Rechtsboden dieses Beweises gibt al ein die Willkür von 1761. Laut dieser muß Kl. beweisen, entweder, daß sein Vorbau bereits 1761 oder vor 1761 gestanden, oder, daß nach 1761 in allen andern Fällen — vgl. den Aufsatz in Nr. 986 d. Danz Btg. von Dr. jur. Neumann sub C. I. b-d und II. — zu dessen Errichtung die Concession der jedesmal zuständigen Behörde ertheilt worden. Hierach erkannte er auf Ableistung des Eides Seitens des Bellagten. Der Eid lautet: „Ich schwör, daß ich der von mir angewandten Bemühungen unerachtet nicht erfahren habe, also nicht weiß, daß der zum Hause Jopengasse 6 gehörige Vorbau schon vor 1761 gestanden hat.“ Schwört Bellagter diesen Eid, so soll Kläger unter Kostenlast abgewiesen werden, schwört er ihn nicht, so ist Bellagter unter Kostenlast verpflichtet, dem Kläger allen durch Abbruch des Vorbau entstandenen Schaden zu ersetzen. Gegen dieses Erkenntnis läuft zunächst eine Appellationsfrist von 12 Wochen.

So hat der Gerichtshof entschieden, daß der Magistrat jedesmal verpflichtet ist, die Vorbautenbesitzer für Einschränkung ihres Privatrechts an den Vorbauten völlig zu entschädigen, wenn nur die Vorbautenbesitzer beweisen, daß sie nach den obigen Bestimmungen ein wirkliches Privatrecht daran besaßen.

\* Der bisherige Navigationslehrer-Aspirant Johann Karl Eduard Engel hier ist zum Königlichen Schiffahrts-Schullehrer ernannt worden.

+ Marienwerder, 9. Februar. Herr Wittel ist von uns nach Elbing gegangen. Sie werden fragen, wer Herr Wittel ist, und das ist das Bedauerliche, daß ein so bedeutender Violinspieler einen so unbekannten Namen hat. Die Beethovenischen und Haydnischen Quartette, die er, liberal unterstützt von bewährten musikalischen Kräften gab, gehören gewiß zum Vollendetsten, was hier gehört wurde; seiner Individualität nach ist er vor allem auf dem Felde des musikalischen Humors zu Hause, wo er eine bewundernswerte Technik zur vollen Geltung bringen kann. Die 3 Concerte, die er hier gab, erwarben ihm einen ungetheilten Beifall, und wir sprechen nur unser Bedauern aus, daß Herr Wittel gezwungen wurde, sich hier erst ein günstiges Vorurtheil bei dem Publikum zu erwerben. — Auch Jenny Meyer wird zu unserer Freude gegen Ende dieses Monats hier ein Concert geben. Außerdem beabsichtigt der Claviervirtuose Herr Kortmann, gegenwärtig in Graudenz, uns zu besuchen. Dagegen sind wir so unglücklich, Herrn Mittelhausen in diesem Winter nicht erwarten zu dürfen.

Königsberg. (B.-u. H.-B.) Ueber die gemeldete Verhaftung des Herrn Samter zu Wirsallen, der preußisch-russischen Grenzstation, geht uns jetzt die Mittheilung zu, daß diese Masregel nur vorübergehend im Interesse der Untersuchung getroffen, aber unverzüglich durch Freilassung des Verhafteten wieder redressirt worden ist. Es hat sich sofort herausgestellt, daß der Verdacht der Fälschungen, welcher zum Einschreiten der Behörden Veranlassung gegeben hat, keinen der Inhaber jener Speditionsfirma trifft, sondern einen inzwischen flüchtig gewordenen Geschäftsgehilfen. Die Firma Schweizer und Samter, die zugleich in Breslau domiciliert, trifft, wie wir erfahren, keinerlei Vorwurf.

### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 11. Februar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 54 Min. Angelommen in Danzig 4 Uhr — Min.

Letzt. Ers.

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco	17½	17½	Ostpr. Pfandbriefe 90 89½
Kübel, Frühjahr	12½	12½	Franzosen 136 137½
Staatschuldcheine	90%	90%	Nationale 62½ 63½
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten 84½ 84½
5% 56r. Br.-Anl.	108½	108½	Wechsle. London 6.2½ 6.2½

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco	17½	17½	Ostpr. Pfandbriefe 90 89½
Kübel, Frühjahr	12½	12½	Franzosen 136 137½
Staatschuldcheine	90%	90%	Nationale 62½ 63½
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten 84½ 84½
5% 56r. Br.-Anl.	108½	108½	Wechsle. London 6.2½ 6.2½

Letzt. Ers.

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco	17½	17½	Ostpr. Pfandbriefe 90 89½
Kübel, Frühjahr	12½	12½	Franzosen 136 137½
Staatschuldcheine	90%	90%	Nationale 62½ 63½
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten 84½ 84½
5% 56r. Br.-Anl.	108½	108½	Wechsle. London 6.2½ 6.2½

Letzt. Ers.

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco	17½	17½	Ostpr. Pfandbriefe 90 89½
Kübel, Frühjahr	12½	12½	Franzosen 136 137½
Staatschuldcheine	90%	90%	Nationale 62½ 63½
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten 84½ 84½
5% 56r. Br.-Anl.	108½	108½	Wechsle. London 6.2½ 6.2½

Letzt. Ers.

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco	17½	17½	Ostpr. Pfandbriefe 90 89½
Kübel, Frühjahr	12½	12½	Franzosen 136 137½
Staatschuldcheine	90%	90%	Nationale 62½ 63½
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten 84½ 84½
5% 56r. Br.-Anl.	108½	108½	Wechsle. London 6.2½ 6.2½

Letzt. Ers.

	Roggen matter,	Breuk. Rentenbr.	Letzt. Ers.
loci	53	53½	100 10)
Februar	52½	52½	4 % do. 99½ —
Frühjahr	51½	51½	Danziger Privatbr. — 97½
Spiritus loco</			

# Berliner Börse vom 10. Februar 1862.

Eisenbahn-Aktionen.	Prioritäts-Obligationen.	Prioritäts-Obligationen.	Pruessische Fonds.	Ausländische Fonds.
Dividende pro 1860.	3f.	86 b3 u B	Berl. Stadt-Obl.	4½ 104 b3
Aachen-Düsseldorf	— 3½	26½—25½ b3	do. do.	3½ 89 b3
Aachen-Maastricht	— 4	91½ G	Nordb. Fr. Wlh.	5 103½ b3
Amsterdam-Rotterd.	5	106 b3	Oberschl. A.	3½ 93½ b3
Vergleich-Märk. A.	5½	94 b3	do. B.	do. neue 4 101½ b3
B.	4	137½ b3	do. C.	3½ 89½ b3
Berlin-Anhalt	6½	117½ b3	do. D.	4 99½ b3
Berlin-Hamburg	6½	158½ G	do. E.	3½ 92½ b3
Berlin-Potsd.-Mglb.	9	128 b3	do. F.	3½ 101½ G
Berlin-Stettin	6½	121 b3 u G	Desterr.-Franz.	3 102½ G
Brest-Schw.-Freib.	5½	56½ b3	Pr. Wlh.	5 103½ G
Brieg-Meise	2½	169 b3	do. do.	do. neue 3½ 93½ b3
Cöln-Minden	10½	41½—42 b3	Rheinische	4 93½ G
Cöfel-Oderb. (Wlh.)	do.	87 G	do. v. St. gar.	3½ —
do. Stamm-Pr.	4½	88½ b3	do.	4 99 b3
Ludwigsh.-Beckbach	5	131 G	do. gar.	4 101½ b3
Magdeb.-Halberstadt	18½	270 b3	Rhein-Nahe, gar.	4 101 b3
Magdeb.-Wittenb.	2	46½—46 b3	do. II. Em. gar.	4 101 b3
Münz-Ludwigshafen	5½	118½—119 b3	Ruhr. Cref. R. G.	4 98½ G
Mecklenburger	2½	55 b3	do. do.	4 98½ G
Münster-Hammar	—	98½—99 b3	Stargard-Posen	4 91½ b3
Niederschl. Zweigbahn	½	53½ b3	do. do.	4 —
Stamm-Br.	5	—	do. do.	4 102½ G
Nordb., Friedr.-Wlh.	2½	59½ b3 u B	Thüringer	4 100½ b3
Oberchl. Litt. A. u. C.	7½	137½—138½ b3	do. do.	4 102½ G
Litt. B.	7½	123 G	do. do.	4 102½ G
Desterr.-Frz.-Staatsb.	7	137½—½—½ b3	do. do.	4 102½ G
Doppel-Tarnowitz	3	39½—39 b3	do. do.	4 102½ G
W. W. (Stelle-Böh.)	2	59½ b3 u B	do. do.	4 102½ G
Rheinische	4½	94 b3	do. do.	4 102½ G
do. St. Prior.	4½	98½ G	do. do.	4 102½ G
Rhein-Nahebahn	—	26 G	do. do.	4 102½ G
Dr. Cref. R. Gladd.	—	86 b3	do. do.	4 102½ G
Stargard-Posen	—	92 G	do. do.	4 102½ G
Thüringer	6½	114½ G	do. do.	4 102½ G

In dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns Franz Noezel zu Konawero ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord Termin auf

den 27. Februar er,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im kleinen Termeszimmer anberaumt worden.

Die Bevollmächtigten werden hieron mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigen.

Thorn, den 6. Februar 1862.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Commissar des Concurses,

Dr. Maier. [854]

Von dem anerkannten vortrefflichen Werke:  
**Pie diätetische Heil-Methode**  
ohne Arznei und ohne Wasserkur  
ausführlich beschrieben nach dem Verfahren des  
Naturarztes Schrot von Dr. Kypke,  
Dr. phil. und Apotheker erster Klasse,  
ist so eben — binnen wenigen Monaten! — die  
achte Auflage erschienen.

I. Theil: Heilung der chronischen oder langwierigen Unterleibs- und Hautkrankheiten unter Herstellung eines gesunden Magens und einer kräftigen Verdauung, mit einer saftlichen Darlegung der Augenfertigkeit und Gesäßlichkeit der Arzneikuren. 20 Sgr.

II. Theil: Heilung der acuten oder hohen Fieber- und Entzündungs-Krankheiten. Rebt den zweckmäßigsten Verhaltungsrat der Vergiftungen. 15 Sgr.  
Der ungewöhnlich schnelle Absatz des Werkes istnamenlich dem Umstände zuzuschreiben, daß die ganze Heil-Methode darin ausführlich mitgetheilt und Jedermann in den Stand gesetzt wird, dieselbe ohne Hilfe eines Arztes, ohne wesentliche Unkosten, zu jeder Jahreszeit, in jeder Wohnung und mit unzweifelhaftem Erfolge in Anwendung zu bringen. Gerade hierin liegt der Schwerpunkt des an sich höchst einfachen und reinlichen Heilverfahrens, welches allen Charlatanerien, Medizin- und Brunnenluren Trost bietet, die vollständige Wiederherstellung der Gesundheit verbürgt und von jedem Unparteiischen nach eigener Prüfung als die natürliche sicherste und gründlichste aller Heilarten anerkannt werden wird.

Verlag von Theobald Grießen in Berlin. Vorrätig bei

**S. Anhuth**, Langenmarkt No. 10.

**Salvadora-Cigarren** unter No. 16 eingeführt, empfiehlt per Mille Thlr. 16, das halbe Dz. 3 Sgr., ihrer besonderen Preiswürdigkeit wegen

**A. Doerk sen**, 4. Dammt No. 5.

Neue Mess. Apfelsinen und Citronen empfiehlt

**F. A. Durand**, Langgasse 54.

**Französ. Goldfische**, dazu Gläser, Consols, Schwäne, Muscheln, Neige empf.

**W. Sano**.

Gin noch gut erhaltenes eisernes feuerfestes Geldspind wird zu kaufen gesucht

[894] Unterschmiedegasse No. 15.

Prioritäts-Obligationen.	Prioritäts-Obligationen.	Prioritäts-Obligationen.	Pruessische Fonds.	
Aachen-Düsseldorf	4	92½ G	Niederschl.-M. III.	4 97½ b3
do. II. Emis.	4	92½ b3	do. IV.	4 102½ G
do. III. Emis.	4½	98½ G	Nordb. Fr. Wlh.	4½ 102½ G
Aachen-Maastricht	4½	68½ B	Oberschl. A.	4 98 B
Bergisch-Märk. A.	5	106 b3	do. B.	3½ 88 b3
B.	4	94 b3	do. C.	4 —
Berlin-Anhalt	6½	137½ b3	do. D.	4 96½ G
Berlin-Hamburg	6½	117½ b3	do. E.	3½ 86 a 86½ b3
Berlin-Potsd.-Mglb.	9	158½ G	do. F.	4 101½ B
Berlin-Stettin	6½	128 b3	Desterr.-Franz.	3 26 b3
Brest-Schw.-Freib.	5½	121 b3 u G	Pr. Wlh.	5 102½ G
Brieg-Meise	2½	56½ b3	do. do.	do. neue 3½ 93½ b3
Cöln-Minden	10½	169 b3	do. do.	do. neue 4 101½ b3
Cöfel-Oderb. (Wlh.)	4	41½—42 b3	do. do.	do. neue 4 99½ b3
do. Stamm-Pr.	4½	87 G	do. do.	do. neue 4 101½ b3
do.	5	88½ b3	do. do.	do. neue 4 99½ b3
Ludwigsh.-Beckbach	9	131 G	Rheinische	4 93½ G
Magdeb.-Halberstadt	18½	270 b3	do. v. St. gar.	3½ —
Magdeb.-Wittenb.	2	46½—46 b3	do.	4 99 b3
Münz-Ludwigshafen	5½	118½—119 b3	do. gar.	4 101 b3
Mecklenburger	2½	55 b3	Rhein-Nahe, gar.	4 101 b3
Münster-Hammar	—	98½—99 b3	do. II. Em. gar.	4 101 b3
Niederschl. Zweigbahn	½	53½ b3	Ruhr. Cref. R. G.	4 98½ G
Stamm-Br.	5	—	do. do.	4 98½ G
Nordb., Friedr.-Wlh.	2½	59½ b3 u B	Thüringer	4 100½ b3
Oberchl. Litt. A. u. C.	7½	137½—138½ b3	do. do.	4 102½ G
Litt. B.	7½	123 G	do. do.	4 102½ G
Desterr.-Frz.-Staatsb.	7	137½—½—½ b3	do. do.	4 102½ G
Doppel-Tarnowitz	3	39½—39 b3	do. do.	4 102½ G
W. W. (Stelle-Böh.)	2	59½ b3 u B	do. do.	4 102½ G
Rheinische	4½	94 b3	do. do.	4 102½ G
do. St. Prior.	4½	98½ G	do. do.	4 102½ G
Rhein-Nahebahn	—	26 G	do. do.	4 102½ G
Dr. Cref. R. Gladd.	—	86 b3	do. do.	4 102½ G
Stargard-Posen	—	92 G	do. do.	4 102½ G
Thüringer	6½	114½ G	do. do.	4 102½ G

## Die Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt

hat meinen, durch den Brand am 14. v. M. erlittenen Schaden schnell, coulant, überhaupt zu meiner Zufriedenheit regulirt und bezahlt.

Ich verfehle nicht, das humane Versfahren der qu. Anstalt hiemit öffentlich und los-

bend anzuerkennen.

Marienburg, im Februar 1862.

[863]

C. Levy, Kaufmann.

Einem geehrten pferdebewegenden Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich ein von mir erfundenes Mittel besitze zur Heilung von Späth, Schaale, Schnenklapp, Stelzfuß, Nierenstein, Hosenhaken etc. Dasselbe ist von drei Thierarzneischulen geprüft und hat sich durch hundertfältige Anwendung in der Praxis gut bewährt. Ich garantie die Heilung, nach welcher weder entstellende Narben noch haarlose Stellen zurückbleiben.

Am Montag, den 17. Dienstag, den 18. Mittwoch, den 19. Februar bin ich auf Requisition in Danzig anwesend und im Gasthof zur Hoffnung am Krebsmarkt für die geehrten Interessenten zu sprechen, und bitte, mir die Pferde da vorzu stellen.

Fr. Ernst,

approbiert Thierarzt aus Halle a. S.

Der unterzeichnete Britische Gesandte beim deutschen Bunde attestirt, daß er ein Pferd, welches an Hafer-hacke gelitten, bei dem Thierarzt Fr. Ernst aus Halle in Behandlung steht hat. Dasselbe wurde in kurzer Zeit vollständig geheilt, und ist die Kur von ausgezeichnetem Erfolg.

Aegauder Malet, Gesandter Ihrer Großbritannischen Majestät zu Frankfurt a. M.

Dem Thierarzt Herrn Ernst Halle a. S.

Hannover, den 29. November 1860.

Ew. Wohlgeborentheile ich ergebenst mit, daß die von Ihnen an meinem mit Späth behafteten Pferde vorgenommene Kur als vollständig gelungen anzusehen ist. Nachdem ich das Pferd nun seit mehreren Wochen zu anstrengenden Touren gebraucht habe, ist wohl anzunehmen, daß die Lohnheit nicht wiederkehrt.

Indem ich Ihnen hiermit nochmals meinen Dank ausspreche, empfehle ich mich

Ew. Wohlgeboren Graf Hardenberg, Jägermeister.

[837]

Frische grüne Pomeranzen erhielt und empfiehlt

[903]

**F. A. Durand**, Langgasse 54.

Bestes rothes und weisses Klee-saat, Thymotheum und Saatwicken offerirt und nimmt Bestellungen an

Benjamin Bernstein,

[905] Langenmarkt No. 31.

Baierische-Bierhefe

ist kräftig und frisch täglich zu haben in der Brauerei Hundegasse No. 8 bei

Franz Durand.

[891]

120 Schock Pfähle,